

die unerläßliche Vorstufe einer „Gen-Politik“ vorgestellt zu haben.

Entgegen den Bedenken mancher Forscher hielten CSU-Parlamentarier an der Notwendigkeit eines Gentechnologie-Gesetzes fest, das bereits im kommenden Jahr fertig sein soll. Justizministerin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner setzte sich als Kongreßleiterin für eine strikte Trennung von Gentechnologie und Fortpflanzungsmedizin ein. Staatsminister Dr. Edmund Stoiber formulierte die Grundposition der CSU mit dieser Feststellung: „Jedes menschliche Leben besitzt eine Würde, die es verbietet, Leben zu instrumentalisieren.“ KG

Großspende für Mutter-Kind-Projekt

MARBURG. Das Deutsche Kinderhilfswerk e. V. hat 75 000 DM für die Betreuung von Kindern drogensüchtiger Mütter gespendet. Das Geld kommt der Suchthilfe-Organisation „Synanon International“ zugute, die damit den Bauernhof Fleckenbühl bei Marburg kindgerecht ausbauen will. Synanon betreibt insgesamt vier Häuser, in denen seit 1971 drogensüchtige Mütter zusammen mit ihren Kindern aufgenommen werden. Die Süchtigen sollen dort lernen, mit ihrem Leben zurechtzukommen, ohne von ihren Kindern getrennt zu werden (siehe Reportage in Heft 7/85). OD

Management-Kurse für Berufe des Gesundheitswesens

HANNOVER. Mit der Einrichtung von Management-Studiengängen für die Berufsgruppen des Gesundheitswesens befaßte sich ein Arbeitskreis an der Medizinischen Hochschule Hannover. Zunächst wird eine Denkschrift vorbereitet, in der die Erfahrungen des Auslandes

zu diesem Thema zusammengefaßt werden sollen.

Vor allem in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern werden seit langem in „Schools of Public Health“ Aus- und Weiterbildung in Planung und Verwaltung für die verschiedensten Disziplinen des Gesundheitswesens unter einem Dach vereint. Absolventen sind angehende Amtsärzte, Verwaltungsleiter im Krankenhaus, Juristen, Volks- und Betriebswirte, die im Bereich der Sozialversicherung arbeiten. Gelehrt werden Fächer wie Sozialmedizin, Gesundheitsrecht, Organisation/Ökonomie des Gesundheitswesens. In der Bundesrepublik gibt es solche Angebote bisher nur vereinzelt an Hochschulen. Nach Aussage von Arbeitskreis-Leiter Prof. Dr. Friedrich W. Schwartz soll mit dem Studienangebot auf die Anforderungen einer modernen Gesundheitsversorgung reagiert werden. OD

Oecotrophologen wollen Heilberuf werden

HAMBURG. Der Verband der „Diplom-Oecotrophologen“ fordert in einer Stellungnahme zum Gesundheits-Reformgesetz den Einsatz von Diplom-Oecotrophologen bei der Gesundheitsvorsorge. Darüber hinaus müsse ihr Einsatz bei der Ernährungstherapie und -beratung, bei der Großhaushaltsführung von Krankenhäusern, Heimen, Reha-Zentren, Sanatorien und Kurkliniken sowie bei der Aufklärung und Information zur Ausbildung und Förderung des Gesundheitsbewußtseins sichergestellt werden. Ferner fordert der Verband die Anerkennung von Diplom-Oecotrophologen (Univ.) mit Zusatzqualifikationen als „Heilberuf“ und die Schaffung von rechtlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit mit Gesundheitsbehörden und Ärzten. GNE



FDP-Sozialexperte Cronenberg (zweiter von links) im Gespräch mit dem Ersten und dem Zweiten Vorsitzenden der KBV, Häußler (zweiter von rechts) und Oesingmann (links). Im Vordergrund rechts: der Hauptgeschäftsführer der KBV, Hess. Foto: Giesen

Repräsentanten der KBV bei Cronenberg

BONN. Zu einem Meinungsaustausch unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung der Koalitionsarbeitsrunde zum Gesundheits-Reformgesetz (GRG) trafen sich der sozialpolitische Sprecher der FDP und Mitglied dieser Runde Dieter-Julius Cronenberg MdB mit dem Ersten Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Professor Dr. Siegfried Häußler, dem Zweiten Vorsitzenden Dr. Ulrich Oesingmann und Hauptgeschäftsführer Dr. Rainer Hess am 20. September in Bonn.

Die Vertreter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung wiesen vor allem auf die ihrer Auffassung nach notwendigen Verbesserungen im Bereich der Wirtschaftlichkeitsprüfung und der Datenflüsse hin (mit diesem Thema beschäftigt sich auch der nebenstehende Kommentar). Professor Häußler würdigte zudem die Verdienste der FDP, die entscheidenden Verbesserungen im Entwurf des Gesundheits-Reformgesetzes erreicht zu haben. Hier sei insbesondere der Wegfall der Altersgrenze für Kassenärzte, die Wahrung der Autonomie der Kassenärztlichen Vereinigungen durch Abwehr von Eingriffen in den Honorarverteilungsmaßstab und die Rückführung des ge-

planten medizinischen Dienstes auf ein erträgliches Maß anzuführen. Auch der Einsatz der FDP um die Erhaltung des Sicherstellungsauftrages der KVen sowie die Vermeidung gesetzlich verordneter vorstationärer Diagnostik und nachstationärer Behandlung zugunsten einer Regelung auf der Ebene der gemeinsamen Selbstverwaltung von Kassen, Ärzten und Krankenhäusern habe Schlimmeres verhütet.

Mit den Repräsentanten der KBV war Cronenberg der Überzeugung, daß die 2prozentige Quote für eine Stichprobenprüfung immer noch überhöht sei und daß diese Quote von der Selbstverwaltung festgelegt werden sollte. Hiervon sowie von der Überflüssigkeit der Richtgrößenprüfung werde er die Kollegen von der Christlich Demokratischen Union im Verlauf der Verhandlungen zu überzeugen versuchen. Auf jeden Fall dürften nur diejenigen Daten erfaßt werden, die für die Wirtschaftlichkeitsprüfung tatsächlich erforderlich seien. Dies gelte namentlich für die versichertenbezogene Erfassung, die lediglich im Rahmen der Stichprobenprüfung überhaupt Bedeutung entfalten könne. Professor Häußler wies darauf hin, daß seitens der Ärzteschaft keine Bedenken gegen Wirtschaftlichkeitsprüfungen bestünden, soweit sie ein vernünftiges und vor allen Dingen machbares Maß nicht überschreiten.

Stefan Gräf